

# Die proletarische Internationale in Stuttgart.

## Interparlamentarische sozialistische Konferenz.

(Telephonischer Bericht).

Stuttgart, den 17. August.

Die Interparlamentarische Konferenz, an der etwa 150 sozialdemokratische Abgeordnete aller Länder teilnehmen, wurde von Vanderbelde-Brüssel, dem Vorsitzenden der interparlamentarischen Kommission, eröffnet. Er ließ die Erschienenen willkommen heißen und führte aus, daß in London die Grundlage für die interparlamentarische Kommission gelegt worden sei. Es sei keineswegs die Absicht, diese Kommission zu einer Art Kongreß neben dem internationalen Kongreß zu machen, sondern man habe bei ihrer Gründung lediglich praktische Zwecke im Auge gehabt. Auf der heutigen Tagesordnung stünden folgende Punkte: erstens handle es sich darum, ob die Mitglieder der aufgelösten russischen Duma als aktive Mitglieder der Konferenz zu betrachten seien, zweitens handle es sich um die Schaffung einer Verbindung zwischen den parlamentarischen Fraktionen der verschiedenen Länder. Drittens liege eine Resolution des Genossen Kroeßtra vor, die er selbst begründen werde. Viertens müsse über die Resolution eines rumänischen Genossen verhandelt werden und zuletzt müßten noch einige andere Angelegenheiten erledigt werden.

Dr. Adler-Wien stellt den Antrag, Punkt 1 der Tagesordnung ohne jede Debatte anzunehmen. Außer den Abgeordneten, die bereits bei der letzten Sitzung Mitglieder der Interparlamentarischen Konferenz waren, müßten wir auch jene Abgeordneten aufnehmen, die es noch nicht waren, als wir in Amsterdam tagten, weil es ein russisches Parlament damals noch nicht gab, und die es heute nicht mehr gibt, weil zarische Gewalt die Duma aufgelöst hat. Wir haben die russischen Genossen mit jener Ehrenbeziehung aufzunehmen und zu begrüßen, die diesen unerhörten Kämpfern für die Freiheit gebührt. (Bravo!)

Jaurès schlägt eine Sympathieumgebung für die russischen Freiheitskämpfer vor, die im Gefängnis in den Ketten des Jazismus schmachten.

Guède beantragt folgende Resolution: „Die interparlamentarische Konferenz, an der Abgeordnete der ganzen Welt teilnehmen, bekennt ihre lebhafteste Sympathie und ihre unerschütterliche Solidarität mit den sozialdemokratischen Abgeordneten \*) der aufgelösten russischen Duma als mit den Männern, die jetzt in den Gefängnissen der russischen Regierung schmachten. Sie ruft die Entzweiung der ganzen zivilisierten Welt gegen dieses Attentat des Jazismus auf, der unter dem sügnistischen Vorwand die Abgeordneten ins Gefängnis geworfen hat, sie gehörten einer geheimen Verbindung an und wären an einem militärischen Komplott beteiligt, während in Wirklichkeit ihr einziges Verbrechen war, in der aufgelösten Duma die Sache der russischen Arbeiter verteidigt zu haben. Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden aufgefordert, in ihren Parlamenten in Gemeinschaft mit allen demokratisch gesinnten Elementen eine Bewegung zu gunsten jener Abgeordneten in die Wege zu leiten, die schamlos verfolgt werden, nur weil sie bis zum Ende ihre Pflicht erfüllt haben, um dem russischen Volke die Freiheit zu erkämpfen. Die allgemeine parlamentarische Bewegung soll dazu dienen, den Männern, die in das Gefängnis geworfen sind, wieder zur Freiheit zu verhelfen.“ (Beifall)

Es wird mitgeteilt, daß von den sozialdemokratischen Mitgliedern der aufgelösten Duma Dr. Mandelberg einen Bericht über die Verfolgungen eingereicht hat, der dem Protokoll der heutigen Sitzung beigelegt werden soll.

Auf Antrag Singer wird unter lebhaftem Beifall die Resolution durch Abstimmung einstimmig angenommen und beschloffen, den Bericht Dr. Mandelbergs dem Protokoll einzuverleiben.

Ferri bittet im Namen der Italiener, auf die Tagesordnung der Interparlamentarischen Konferenz zu setzen:

„Die sozialistischen Mitglieder der einzelnen Parlamente sollen gegen jedes Gesetz stimmen, das die fremden Arbeiter schlechter stellt als die einheimischen oder die Einwanderung ausländischer Arbeiter erschwert.“

Nachdem von Dr. Adler-Wien betont ist, daß die Konferenz dem Kongreß, auf dessen Tagesordnung die Einwanderungsfrage steht, nicht vorgreifen dürfe, erklärt Ferri, es genüge ihm, die Aufmerksamkeit der Konferenz auf diese Frage gelenkt zu haben.

Auf Antrag Fournemont-Belgien wird beschlossen, daß die Kaffierer der einzelnen Parteien mit den Beiträgen für das Internationale Bureau auch den statutenmäßigen Fünffrankenbeitrag der Parlamentarier für die Erhaltung des Internationalen Archivs einzahlen und nach Brüssel abliefern sollen.

Eine längere Diskussion rufen zwei Anträge der Engländer hervor:

1. Eine Uebersicht zu veröffentlichen, wie weit in dem vorgeschrittenen Lande die Arbeiterschutzgesetzgebung ist, und den einzelnen Volkvertretern zu empfehlen, dafür zu agitieren, daß die Industriegesetzgebung ihres Landes so verbessert werde, daß sie derjenigen des vorgeschrittensten Landes gleichstehe.

2. Eine Arbeiterschutzvorlage mit den einzelnen Volkvertretern zu vereinbaren und sie gleichzeitig allen gesetzgebenden Körperschaften zu unterbreiten.

Macdonald-London begründet die Anträge. Sie seien notwendig, damit die Kapitalisten nicht mehr sagen können: die Länder mit einer vorgeschrittenen sozialen Gesetzgebung sind nicht mehr konkurrenzfähig mit den sozial rückständigeren.

b. Vollmar warnt vor der Uniformierung und etwa für ein internationales Arbeiterschutzgesetz einzutreten. Der zweite Antrag sei unannehmbar.

In gleichem Sinne äußern sich van Kol-Golland und Dr. David-Mainz. Dr. Südekum weist darauf hin, daß in Basel ein Institut bestehe, das die soziale Gesetzgebung der einzelnen Länder vergleichend herausgibt.

Mehrere Redner bedauern, daß das internationale Bureau trotz seines elfjährigen Bestehens so gut wie nichts geleistet habe.

Macdonald erklärt, er wolle den zweiten Antrag nicht besonders vertreten, meine aber, daß Institut in Basel sei unzureichend, es arbeite oberflächlich und manchmal verständnislos. Gute Arbeit für den Sozialismus könne nur von sozialistischen Parlamentariern geleistet werden.

Crouffier-Paris hält es für möglich, vergleichende Darstellungen in Spezialfragen, so in der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit, zu geben; das halte er für sehr nützlich.

\*) Vanderbelde wirft bei der Verlesung der Resolution ein, daß der Ausdruck „sozialdemokratische Abgeordnete“ zu Mißdeutungen Anlaß geben könnte, da es mehrere sozialistische Gruppen in der aufgelösten Duma gegeben habe. Er schlägt vor, „sozialistische Abgeordnete“ zu sagen. — Blechano macht aber darauf aufmerksam, daß tatsächlich nur Mitglieder jener Gruppe, die sich als russische Sozialdemokraten bezeichnen hätten, verhaftet worden seien.

Dr. Adler-Wien: Die Uniformität führt immer nur zum Minimum, nicht zum Maximum. Deshalb sei eine Aktion zu gleicher Zeit und mit gleicher Formulierung nicht möglich. Aber wir können England entgegenkommen und hier erklären, daß wir alles daran setzen wollen, die Arbeiterschutzgesetzgebung soviel als möglich zu verbessern. Die Gesetzgebung der einzelnen Länder verurteilen wir zur Not zu übersehen, aber wir wissen nicht, was unsere Genossen in den einzelnen Ländern für Anträge stellen. Das zu wissen wäre nützlich, und ich beantrage, daß jede Fraktion verpflichtet wird, zwei Exemplare von jedem gestellten Antrage an das Internationale Bureau zu liefern.

Hierauf tritt die Mittagspause ein. Am Nachmittag wurde die vormittags abgebrochene Diskussion über die Informierung des Brüsseler Bureaus in bezug auf die parlamentarischen Arbeiten und Aktionen der sozialistischen Gruppen in den einzelnen Ländern fortgesetzt. Nach längerer Erörterung fand ein Vorschlag von Dr. David-Mainz und Vaillant-Paris die Mehrheit, der jede Fraktion verpflichtet, alles sozialpolitische Material dem Interparlamentarischen Bureau in Brüssel einzuliefern. Das Interparlamentarische Bureau soll jeder Fraktion Auskunft über schwebende Fragen geben. Das Bureau soll die Gesetzesentwürfe veröffentlichen und eventuell auch späterhin Enquetes veranstalten.

Kroeßtra-Golland wirft die Frage auf, ob es nicht an der Zeit sei, sich mit der Entwicklung eines eigenen sozialistischen politischen Systems zu beschäftigen. Was gegenwärtig in den Parlamenten getrieben werde, sei im Grunde bürgerliche Politik, im besten Falle Staatssozialismus. Der ganze Streit zwischen Reformismus und Radikalismus habe darin seinen Grund, daß es uns an einem eigenen politischen System fehle, daß wir vorläufig gezwungen sind, mit den politischen Mitteln der bürgerlichen Gesellschaft zu arbeiten. Wenn man sehe, daß in Frankreich eine stark anarchistische, wenigstens antimilitaristische Strömung existiere, die auch in Deutschland Anhänger findet (Widerpruch bei den deutschen Delegierten), so resultiere das ebenfalls aus dem Mangel an einem eigenen sozialistischen politischen System, und zwar nicht für die Zukunft, sondern schon für die Gegenwart. Er beantrage daher die Einsetzung einer kleinen Kommission für das Studium dieser Frage.

Vaillant-Paris: Was uns Kroeßtra gesagt hat, war sehr interessant, aber ich halte es für unmöglich, schon jetzt ein Bild des Zukunftstaates zu geben. Jaurès hat einmal so etwas Versprochen. (Heiterkeit.) Er wird aber dieses Versprechen vergessen haben. (Jaurès ruff: Ich vergesse nie etwas! Heiterkeit.) Dann wird Jaurès das auf eigene Verantwortung tun, die Partei kann eine solche Verantwortung nicht übernehmen. Wir haben alle Kroeßtra aufmerksam zugehört, können ihm aber nicht folgen.

Jaurès: Was Kroeßtra angeregt hat, gehört eigentlich nicht hierher. Wenn diese Frage aber schon einmal angeschnitten werden soll, dann müßte man sie vorher den einzelnen Nationen zur Begutachtung unterbreiten. Es handelt sich hier um die schwierigsten Probleme, mit denen sich die Sozialdemokratie zu beschäftigen hat. Es soll hier kein Programm des Zukunftstaates, etwa der Bauplan dieses Staates entwickelt werden, sondern es handelt sich darum: Wie soll das Minimumprogramm zur Wirklichkeit werden? Wir in Frankreich stehen vor der Frage: Was soll werden, wenn das jetzt am Ruder befindliche bürgerlich-radikale Ministerium seine Forderungen durchsetzt oder abwirft? In beiden Fällen stehen wir vor schweren Aufgaben. Kautsky hat in seinem Buche ausdrücklich gesetzgeberische Fragen des Zukunftstaates behandelt. Wir können nicht nur kritisch sein, sondern müssen auch Positives schaffen. Schon die letzte interparlamentarische Konferenz hatte mich gebeten, meine Vorschläge für die zukünftige Politik einmal zu detaillieren. Zum Glück für die sozialistische Entwicklung wurde ich damals krank. (Heiterkeit.) Jetzt bin ich wieder ganz gesund. (Erneute Heiterkeit.) Jede einzelne parlamentarische Gruppe sollte sich mit dieser Frage beschäftigen. (Guède ruff: Nicht die parlamentarischen Gruppen, sondern die Parteien selbst.) Auch dem widerspreche ich nicht. (Beifall.)

Dr. Adler-Wien: Ich glaube, daß die Anregung Kroeßtras für jede Nation nützlich ist. Aber für eine internationale Aktion halte ich sie nicht für fruchtbringend. Der Reformismus Kroeßtras findet nicht meine Zustimmung. Ich glaube, daß ein Reformismus über die parlamentarische Aktion da eintritt, wo man sich über die Möglichkeit und Wirksamkeit parlamentarischer Aktionen phantastische Vorstellungen gemacht hat. Wo man sich solche Vorstellungen nicht gemacht hat, wo man nicht enttäuscht sein von dem, was eine proletarische Vertretung, die eine Minorität ist, leisten kann, sondern man wird sich dessen bewußt sein, daß die ganze Aktion der Gesetzgebung in allen Ländern, wenn auch mit vielen Rückschlägen, eine fortschreitende Tendenz hat. Das ist zunächst der parlamentarischen sozialistischen Aktion geschuldet, aber nicht nur dem, was wir selbst machen, sondern auch dem, was die anderen wohl oder übel gezwungen sind, zu tun oder zu unterlassen. Jaurès sagt, daß die Demokratie in Frankreich am Ende sei. Ich beweise, ob er für Frankreich Recht hat, aber sicher hat er es nicht für die anderen Länder. Ueberall ist da noch so viel zu tun, damit die bürgerliche Gesellschaft auch nur das aus sich heraus entwickelt, dessen sie fähig ist. Und wenn Jaurès für Frankreich sagt: Und was dann?, so sage ich: Nun, Genosse Jaurès, verwickeln Sie dann Ihre eigenen Minimalprogramm und Sie werden noch genug zu tun haben und noch viel Zeit haben, über weitere Aktionen nachzudenken. Man wird mir sagen, ich dokumentiere auch hier wieder eine gewisse Stutzsichtigkeit. Aber ich weiß, daß auch Weltförmigkeit nicht bloß eine Tugend ist. (Heiterkeit.) Wir alle haben mit den Fragen des Augenblicks so viel zu tun, und meine innerste Ueberzeugung ist, daß gerade das Detaillierte in der Ausführung der sozialistischen Organisation das wichtigste ist, daß ich nicht befürchte, daß diese Krankheit allzu große Dimensionen annehmen wird. Allerdings, wenn wir eine Kommission einsetzen würden, um alle die Vorstellungen, die darüber bestehen, zu ordnen, oder gar in Kongruenz zu bringen, so wäre die Krankheit gefährlich, aber nicht für die Bewegung, sondern für die Mitglieder der Kommission. (Heiterkeit.) Trotzdem will ich die Idee Kroeßtras nicht in allen Punkten ablehnen. Es wäre gut, zu studieren, wo sich überall Ansätze und Uebergänge zum Sozialismus finden. Aber dann darf man sich nicht auf die Aktionen der Sozialdemokratie beschränken, denn diese Uebergänge vollziehen sich auf allen Gebieten auch ohne unser Eingreifen von selbst. Ein Buch darüber zu schreiben wäre interessant, aber die interparlamentarische Konferenz kann dabei nicht beraten. Wie jemand inmitten einer großen Schlacht sein kann, ohne etwas zu sehen, so meine ich, wir alle sind in einer Schlacht, ohne den Zusammenhang zu kennen. Und das wird auch die Kommission nicht sehen.

Vanderbelde schlägt vor, die Frage der nächsten Konferenz zu überweisen.

b. Vollmar kann nur unter der Voraussetzung dafür sein, daß wir uns damit zu nichts verpflichten. Ich muß überhaupt davor warnen, alle Fragen auf den internationalen Schirmel zu schieben.

Der Antrag Vanderbelde wird angenommen.

Kolowski teilt mit, daß er eine Resolution wegen der rumänischen Zustände nicht hier, sondern dem Kongresse vorlegen werde.

Der Vorsitzende Vanderbelde regt noch, da die Verhandlungen erschöpft sind, an, daß man im Laufe des Kongresses noch einmal zusammentrete, um klar zu werden, wie ein innigerer internationaler Kontakt möglich wäre.

Guhmann stellt fest, daß weder er, noch seine Vorgänger an der Untätigkeit des Komitees schuld sind. Vielfach würden diesem einmal die Namen der fortpressierenden Sekretäre bekannt gegeben.

Damit haben die Verhandlungen der interparlamentarischen Konferenz ihr Ende erreicht.

## Erste internationale Konferenz sozialistischer Frauen.

Die proletarische Internationale umfaßt die ganze Klassenbewußte Arbeiterschaft aller Kulturländer — die ganze, d. h. nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen. Sie sind in den Reihen der internationalen Sozialdemokratie gleichberechtigte Kämpfer und der Kongreß der Internationale zu Stuttgart ist ihr Kongreß so gut wie der der männlichen Proletariat, und das Interesse, das sie ihren Beratungen entgegenbringen, nicht geringer, als jenes der stärkeren Hälfte der Arbeiterschaft.

Die sozialistische Frauenbewegung ist eins mit der sozialistischen Arbeiterbewegung. Aber sie ist zugleich ein besonderer Sockel dieser Bewegung, eine Kämpferin, die neben den allgemeinen besondere Aufgaben zu erfüllen hat. Deshalb tagt an der Schwelle des allgemeinen Arbeiterparlamentes, das am Sonntag zu Stuttgart seine Beratungen eröffnet, ein besonderes Parlament der sozialistischen Frauen, die erste internationale sozialistische Frauenkonferenz, der natürlich das besondere Interesse der proletarischen Kämpferinnen aller Länder gilt.

Die Reaktionen aller Länder mögen fauchen: die von ihnen fast noch mehr als die revolutionären Männer gefährdeten und gehakten Sozialistinnen haben in Stuttgart besondere Beratungen darüber gepflogen, wie sie auf dem ihnen zugefallenen Sondergebiet am erfolgreichsten die kapitalistische Gesellschaftsordnung berennen können. Sie knüpfen die internationalen Bande enger, um dem speziellen Kampf, den die Frauen in der bürgerlichen Gesellschaft zu führen haben, größere Planmäßigkeit zu geben, ihn einheitlicher und damit nachdrücklicher zu gestalten.

Mit dieser Aufgabe steht in innigem Zusammenhang die Beratung über das Frauenwahlrecht. Prinzipielle Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen unter den sozialistischen Frauen wohl kaum. Anders ist es mit der Auffassung über die Taktik Ueber die Wege, die zum Ziele führen, über das einzuschlagende Tempo gehen die Meinungen auseinander. Ob und welche Opportunitätsrücksichten unter gegebenen Umständen Berechtigung haben, das sind Fragen, deren Beantwortung sehr stark von den allgemeinen politischen Verhältnissen in den einzelnen Ländern beeinflusst wird. Da ist es von großer Wichtigkeit, daß die Frauen zunächst zu einem Einverständnis gelangen, um auf dem allgemeinen Kongreß bei der Erörterung der Frauenwahlrechtsfrage wenn möglich in vollständiger Geschlossenheit die Wünsche der Frauen zu vertreten.

Die Wünsche des ganzen Klassenbewußten Proletariats sind mit den in Stuttgart versammelten Vertreterinnen der sozialistischen Frauen-Internationale. Mögen die Arbeiten der ersten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz die Hoffnungen der Kämpferinnen erfüllen, die auf sie als ihre berufene Vertretung blicken.

Stuttgart, 17. August

(Telephonischer Bericht.)

Im Mozartsaal trat heute vormittag die erste internationale Konferenz sozialistischer Frauen zusammen. Der für die Zahl der erschienenen Genossinnen viel zu kleine Saal vergrößerte die Eröffnung der Konferenz um etwas. Deutschland ist durch etwa 15 Genossinnen vertreten, darunter Frau Bettin, Ottilie Waader, Frau Jhrer, Rosa Kuzemburg, Frau Stod, Frau Greiffenberg, Frau Kähler, Frau Thiede, Frau Grünberg, Frau Baumann-Altona, Frau Holmann-Gannover, Frau Bily Braun und Frau Lewin-Dresden. Oesterreich ist durch folgende Genossinnen vertreten: Frau Adelheid Kopp, Frau Adler, Frau Schlegelinger-Gstein, Frau Bitta, Frau Wosched, Frau Freundlich-Mährisch-Schönberg, Frau Steinert und Frau Mach. Frankreich hat Frau Pelleté, Frau Sorque und Frau Roussel entsandt. Frau Balabanoff vertritt die sozialistische Frauenorganisation Turins. Aus England sind Frau Shndman und Frau Macdonald erschienen. Finnland hat zwei Genossinnen entsandt, darunter die Landtagsabgeordnete Karjinen aus Wiborg. Ferner sind die Schweiz, Golland, Belgien, Ungland und Amerika vertreten.

Die Einberuferin der Konferenz, die Zentralvertrauensperson der sozialistischen Frauen Deutschlands, Ottilie Waader, eröffnete die Konferenz mit folgender Ansprache:

Die erste internationale Konferenz der sozialistischen Frauen ist hiermit eröffnet. Ich begrüße alle Genossinnen auf das herzlichste, die aus dem In- und Auslande der Einladung gefolgt sind, um mit uns zu beraten, wie wir am besten im Kampf gegen den Kapitalismus die Waffen schaffen können. Ich begrüße alle Kämpferinnen, die gekommen sind, um die unentbehrlichste Waffe für uns, das Frauenstimmrecht, mit erobern zu helfen. Das Frauenstimmrecht ist notwendig, weil der Kapitalismus uns Frauen die gleiche Ausbeutung und die gleiche Unterdrückung wie den Männern auferlegt. Das ist auch der Grund, weshalb wir diese Konferenz der sozialistischen Frauen der verschiedenen Länder zu gemeinsamer Arbeit zusammengerufen haben. Ich hoffe, daß die Konferenz fruchtbringende Arbeit leisten wird. (Beifall.)

Die Konferenz ist eine sozialistische und wir haben beschloffen, daß nur die sozialistische Presse zugelassen werden soll. Sollten Journalisten hier sein, die für bürgerliche Blätter schreiben wollen, so bitte ich sie, den Saal zu verlassen; sie gehören nicht hierher.

Als Vorsitzende werden hierauf gewählt Frau Bettin-Stuttgart und Frau Wosched-Wien, als Schriftführerinnen Frau Karjinen-Wiborg und Frau Shndman-London. Die probitorische Tagesordnung lautet wie folgt:

1. Bericht über die sozialistische Frauenbewegung in den verschiedenen Ländern.
  2. Schaffung regelmäßiger Beziehungen zwischen den organisierten Genossinnen der einzelnen Länder.
  3. Das Frauenstimmrecht.
- Die Tagesordnung wird unverändert genehmigt.

Für Deutschland berichtet Fräulein Ottilie Waadert-Berlin: Die sozialistische Frauenbewegung in Deutschland reicht mit ihren ersten Anfängen bis in die sechziger Jahre zurück. Sie hat sich von vornherein zu einer sozialistischen Kampfbewegung herausgebildet und hat von vornherein das Bestreben gehabt, die Erhebung zu vollziehen zwischen den bürgerlichen und sozialistischen Frauen, weil die bürgerlichen Frauen mit ihren Einzelreformen den Kapitalismus nicht aus den Angeln heben, sondern ihn stützen und festigen wollen. Bereits vor dem Sozialistengesetz bestand eine ziemlich radikale Frauenbewegung. So waren im sächsischen Vogtlande damals bereits über 1000 Frauen organisiert. Wenn auch durch das Sozialistengesetz die Bewegung zum Teil wieder zurückgeschlagen wurde, so hat doch die sozialistische Aufklärung in den Köpfen revolutionierend gewirkt und heute finden sich in unseren Reihen eine große Anzahl aufklärter, theoretisch geschulter Genossinnen. Unsere rechtliche Lage ist eine sehr schwierige. Wir haben namentlich in Preußen nicht einmal das freie Vereins- und Versammlungsgesetz. Politischen Vereinen dürfen Frauen in Preußen nicht angehören. Aber nicht nur der Buchstabe des Gesetzes, sondern auch seine Handhabung hindert uns an der Organisation. Trotzdem haben wir es verstanden, die sozialistische Frauenbewegung in Deutschland zu fördern. Wir haben unpolitische Bildungsvereine gegründet, um den Frauen die für den Befreiungskampf notwendigen Kenntnisse zu vermitteln. Zurzeit bestehen 94 solcher Bildungsvereine. Wir veranstalten in diesen Vereinen auch Musikabende, Konzerte und Vorträge belehrender und unterhaltender Natur. In verschiedenen Bundesstaaten Deutschlands haben allerdings die Frauen auch das Recht, politischen Organisationen anzugehören, so z. B. in Hamburg, Bremen und so weiter. Die Zahl der in den sozialistischen Wahlvereinen organisierten Frauen beträgt 10 500. (Bravo!) Weiter ist durch das Organisationsstatut der sozialdemokratischen Partei den Frauen die Möglichkeit geboten, durch Zahlung freiwilliger Beiträge ihre Zugehörigkeit zur Partei zu dokumentieren. Für diese Frauen haben wir Besetzungs- und Diskussionsabende eingerichtet. In 97 Orten Deutschlands leisten 3751 Frauen diese freiwilligen Beiträge. (Bravo!) Das Organ, dem wir unsere theoretische Schulung verdanken, ist die „Gleichheit“. Es hat viel Mühe und Arbeit gekostet, das Blatt auf die jegliche Höhe zu bringen. Aber die Arbeit war nicht umsonst. Der Abonnentenstand beträgt heute 70 000. (Beif. Weifall.) Und jedes Exemplar der „Gleichheit“ wird sicher von mehr als nur einer Genossin gelesen. Besonders Anlauf findet bei uns die Jugend- und Kinderbeilage der „Gleichheit“. Ueberaus erfreulich sind unsere Organisationserfolge in gewerkschaftlicher Beziehung. Nach der letzten Zählung gab es 120 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiterinnen. (Lebhafter Beifall.) Nähere Angaben über unsere Organisationsverhältnisse finden Sie in dem gedruckten Bericht. Ich hoffe, daß wir auch aus den anderen Ländern so günstige Berichte zu hören bekommen. (Lebhafter Beifall.)

Frau Schlessinger-Göteborg: Ich beantrage zur Geschäftsordnung, daß die weiteren Berichte mit Rücksicht auf die anderen Punkte der Tagesordnung und mit Rücksicht darauf, daß die Berichte gedruckt vorliegen, möglichst kurz gehalten werden. (Zustimmung.)

Genossin Dr. Madeleine Pelletier-Paris von der „Société“ der Frauen (Société des femmes): In Frankreich gibt es, wie in Deutschland, eine rechtsstehende und eine linksstehende Frauenbewegung. Die rechtsstehende Frauenbewegung tritt sehr schüchtern auf. Sie verlangt nicht einmal das Frauenstimmrecht, sondern begnügt sich mit minderwertigen materiellen Forderungen, wie der Förderung auf das Recht der Frau auf Gehalt und auf ihr Vermögen. Die sozialistische Frauenbewegung hat andere Ziele. Sie benutzt als Kampfmittel dieselben Waffen wie die Männer: Versammlungen und Aufklärung. Sie wollen der Frau ihr höchstes Recht, das allgemeine Wahlrecht, erkämpfen. (Lebhafter Beifall.) Wir haben schon mehrere Male vor dem Parlament demonstriert trotz aller polizeilichen Verbote. Die sozialdemokratischen Frauen hatten auf dem Parteitag in Limoges im November 1906 eine Resolution eingebracht, die auch angenommen wurde, und die die sozialdemokratische Kammerfraktion aufforderte, in der Kammer einen Initiativantrag auf Einführung des allgemeinen Frauenstimmrechts einzubringen. Dieser Antrag wird der Kammer in nächster Zeit vorgelegt werden und wird auch von Abgeordneten verschiedener bürgerlicher Parteien unterstützt werden, da die Bewegung für das Frauenstimmrecht auch in bürgerlichen Kreisen sich einer gewissen Sympathie erfreut. Der sozialdemokratische Antrag wird in der Kammer wohl an 300 Stimmen bekommen, d. h. die Mehrheit erhalten. (Beifall.) Warum sollten in Frankreich den Frauen die politischen Rechte vorenthalten werden, dort, wo eine Frau, Madame Curie, Professor an der Pariser Universität ist. In der Republik Frankreich kennen die Frauen keine rechtlichen Beschränkungen wie in Deutschland, wir dürfen allen Versammlungen beiwohnen und uns auch innerhalb der sozialdemokratischen Partei politisch organisieren. Unsere Frauenbewegung ist durch und durch sozialistisch. Sie muß es auch sein. Aber ein klein wenig muß sie doch außerhalb der Partei stehen, denn in den Parteiorganisationen beschäftigt man sich in erster Linie mit brennenden Tagesfragen. Die Frauenbewegung kann da nur eine Nebenrolle spielen. Sie muß jedoch zentralisiert und auf einen Punkt konzentriert sein, gerichtet auf die Eroberung des Frauenstimmrechts. Die „Société des femmes“ organisiert auf diesem Zweck eine ständige Agitation unter den Parteiorganisationen und sucht die noch außerhalb der Organisation stehenden Frauen durch diese Agitation zum Eintritt in die Parteifraktion zu bewegen. Die Partei soll hierbei eine erzieherische Rolle spielen, sie muß die Frauen zu Sozialistinnen machen. Die Aktion selbst ist Sache der selbstbewußten Frauen. Ich hoffe, daß das internationale Bureau in Brüssel die einzelnen Parteien auffordert, die Frauenbewegung im Auge zu behalten, sozialistische Erziehungsarbeit zu leisten und die Organisationen der Frauen zu kräftigen. Alle Genossinnen sollten an der Frauenfrage das lebhafteste Interesse nehmen. (Lebhafter Beifall.)

Mrs. Roughton-England spricht im Namen der sozialdemokratischen Frauenföderation. Sie stellt fest, daß die englischen Arbeiterinnen in ihrer Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse noch nicht über die Kinderbeschäftigung hinaus gekommen seien. Die Föderation betrachtet es deshalb als ihre Hauptaufgabe, den Arbeiterinnen zunächst die notwendigen ökonomischen Begriffe beizubringen. Wir fordern das Stimmrecht ohne Ausnahme für alle Volljährigen. Wir wollen kein Damenrecht und halten das anderslautende Programm der bürgerlichen Frauenbewegung für reaktionär.

Mrs. MacArthur spricht im Namen der Independent Labour Party, die über eine Million Wähler hinter sich hat und durch 18 Abgeordnete im Parlament vertreten ist. Sie verbreitet sich über die Tätigkeit der Partei und freut sich, mit den Genossinnen anderer Länder zusammen zu kommen und ihre Berichte zu hören.

Mrs. MacDonald berichtet, daß die unabhängige Arbeiterpartei 650 Parteimitglieder mit 80 000 Mitgliedern habe. Darunter befinden sich viele Frauen, deren genaue Zahl nicht angegeben werden kann, da zwischen Frauen und Männern kein Unterschied bei der Mitgliedschaft gemacht wird. Das Zentralkomitee der Partei hat weibliche Mitglieder, die in der sozialistischen Propaganda großes leisten. Obwohl keine Zeitschrift herausgegeben wird, wird durch die Sonntagschulen und durch Jugendausschüsse, sowie durch besondere Klubblätter, die für die Frage bei den großen sozialistischen Blättern eingerichtet sind, vieles für die sozialistische Erziehung der Frauen und Kinder getan. (Bravo!)

Mrs. MacArthur: Mein Bericht über die sozialistische Frauenbewegung in England wäre vollständig, der nicht auch einige Worte über die Frauenorganisation enthielte. Dieser Verein hat eine Mitgliedschaft von 150 000 Frauen, davon sind 15 000 in den letzten drei Jahren beigetreten. Auch ohne daß die Gewerkschaft offiziell sozialistisch wäre, sind doch alle ihrer Führer Sozialistinnen. Seit kurzem erscheint eine monatliche Zeitschrift: „Die Arbeiterin“, die für die sozialistische Bewegung von großer Bedeutung sein wird. (Bravo!)

Mrs. Montefiore-London spricht im Namen des Komitees für das Wahlrecht für alle Volljährigen. Sie betont, daß die englischen Genossinnen aus dem theoretischen Studium der Deutschen in dieser Frage vieles lernen können. Sie hat speziell unter den Arbeiterlosen Propaganda für das Wahlrecht mit großem Erfolg betrieben. Die Sonntagschulbewegung habe dasselbe Ziel, das die „Gleichheit“ in der Kinderbeilage erstrebe. Wie revolutionär-sozialistisch die Sonntagschulen seien, beweise die Tatsache, daß in einem Falle durch die Behörde der Schule das Lokal entzogen sei, als in einer solchen Schule drei Preise für den besten Aufsatz über Sozialismus ausgesetzt worden waren. Drei Mädchen haben die Preise bekommen. Das beweist, wie zugänglich selbst die weibliche Jugend für die sozialistischen Ideen sei. (Bravo!)

Genossin Eilmann-Brüssel: In Belgien hat sich die sozialistische Frauenbewegung sofort gegen die bürgerliche gewandt. Die sozialistischen Frauen sind der sozialistischen Arbeiterpartei beigetreten. Ihre Agitation ist dahin gerichtet, die Frauen zum Massenbewußtsein zu erziehen und zum Anschluß an die Arbeiterpartei zu bewegen. In Belgien werden zwei Frauenzeitschriften veröffentlicht: „Die sozialistische Frau“ in französischer und flämischer Sprache. Politisch organisiert sind 500 Frauen, gewerkschaftlich 14 000. Die geringe Zahl der politisch organisierten erklärt sich durch den geringen Bildungsstand der belgischen Frauen. Deshalb unterstützen die belgischen Frauen mit aller Macht den Kampf der Arbeiterpartei um Einführung des allgemeinen obligatorischen Schulunterrichts in Belgien. Auf dem letzten Parteitag der belgischen Arbeiterpartei hat Genossin Eilmann den Bericht zu dem Frauenstimmrecht erstattet und eine Resolution zur Annahme gebracht, die es der Kammerfraktion zur Pflicht macht, einen Gesetzentwurf zur Erlangung des allgemeinen Frauenstimmrechts und der Wahlbarkeit der Frauen einzubringen. Ein Antrag für das Stimmrecht und die Wahlbarkeit zu den Gewerbegerichten liegt bereits der Kammer vor. Die belgischen Frauen können noch nicht speziell für das allgemeine Frauenstimmrecht bei den Kammerwahlen agieren und das Stimmrecht der Männer verlangen, da dieses flüral und Klassenwahlrecht den Arbeitern ungünstig ist. Die belgischen sozialistischen Frauen unterstützen deshalb den Kampf der Arbeiterpartei um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Der größte Wunsch der belgischen sozialistischen Frauenföderation ist die Bildung einer sozialistischen Frauen-Internationale. (Beifall.)

Genossin Gautschi-Paris: Im Namen mehrerer sozialistischen Frauenbelegierten muß ich gegen einzelne Ausführungen der Genossin Pelletier ankämpfen. Zahlreiche sozialistische Frauen in Frankreich kämpfen nicht neben der Partei für die Emanzipation der Frauen, sondern in der Partei für die Zerstörung des Kapitalismus überhaupt und für die Befreiung des gesamten Proletariats. Diese Frauen sind der Ansicht, daß die sozialistische Agitation allein zum Ziele führen muß, auch speziell zum Ziele der Befreiung der Frau.

Genossin Szecsi-Ungarn berichtet über die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Ungarn. In Ungarn besteht keine besondere Organisation für die Arbeiterinnen. In allen Branchen, in denen Arbeiter und Arbeiterinnen arbeiten, werden auch Arbeiterinnen in diese Gewerkschaften aufgenommen. Für Dienstboten und Lehrkräften, die nicht mit Männern zusammen arbeiten, sind besondere Fachvereine gebildet. Außer in Budapest bestehen noch in drei großen industriereichen Provinzstädten Arbeiterbildungsvereine, welche die Genossinnen in sozialdemokratischem Sinne aufklären. Die Rednerin hofft, daß dieser Kongress dazu beitragen werde, daß die Arbeiterinnen aller Länder zusammen mit den Arbeitern den gemeinsamen Kampf zur Erreichung des sozialistischen Endzieles führen. (Bravo!)

Genossin W. H. u. Holland: In Holland hat die Organisation der Frauen erstrebliche Fortschritte gemacht, seitdem wir vor zwei Jahren in Amsterdam angefangen haben, sozialdemokratische Frauenpropaganda zu treiben. Die Clubs haben heute 500 Mitglieder, die alle der Partei angehören. Das Ziel der Frauenclubs ist, die Frauen über ihre eigene Lage und den Zusammenhang der Frauenbewegung mit der Arbeiterinnenbewegung aufzuklären; und weiter die Mütter von der Ueberbürdung zu entlasten. Zu diesem Zweck wird für Genossenschaftlichen Haushalt und gemeinschaftliche Erziehung der Kinder Propaganda gemacht. (Beifall.)

Mrs. Bopp-Wien: Aus dem detaillierten gedruckten Bericht über unsere Bewegung will ich nur hervorheben, daß unsere 42 000 gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen auch ihre Beiträge an den Parteivorstand zahlen. Sowohl in den Gewerkschaften wie in der Partei sind die Frauen überall durch Delegierte vertreten. (Bravo!) Obwohl die Frauen bei uns kein politisches Stimmrecht haben, haben wir doch eine sehr gute politische Frauenbewegung, die sich innerhalb der Gesamtbewegung betätigt. Bei den letzten Wahlen haben sich die Frauen auf lebhafteste an der Wahlarbeit beteiligt. In dem Generalausschuß zur Vorbereitung des Massenstreiks waren auch die Frauen vertreten. Wäre es zum Generalausschuß gekommen, so hätten die Frauen, obwohl es sich dabei nicht um das Wahlrecht der Frauen handelte, genau so an der Aktion teilgenommen wie die Männer. Während der Wahlbewegung haben die Frauen eigene Flugblätter herausgegeben, um die Frauen über die bolschewistische Schulpolitik und über die große Gefahr des scharfmacherischen Parlamentarismus für das Wahlrecht der Arbeiterpartei aufzuklären. Die Haltung der Frauen, die mit großen Opfern sich in den Dienst der Aktion gestellt haben, hat auch in anderen Ländern den Gedanken geweckt und verstärkt, daß auch die Frauen, wenn es darauf ankommt, imstande sein werden, ihre politischen Rechte im Verein mit der Arbeiterklasse auszunutzen. (Bravo!) An vielen Orten ist unsere Bewegung gestärkt worden, wo sie bisher ganz brach lag. Wir haben jetzt genug zu tun, um allen Ansprüchen, die insolge Gründung neuer Organisationen an uns gestellt werden, nachzukommen. Unsere Abgeordneten im Reichstag haben einen Antrag auf Gewährung des Verbandsrechts und Wahlrechts auch an die Frauen ausgearbeitet. Sie werden im Herbst ihrem Vorgesetzten durch energische Propaganda den nötigen Nachdruck verleihen. So hoffen wir, daß nicht nur die Frauenkongresse, sondern auch der internationale Kongress sich im Sinne unserer Bestrebungen zugunsten des Frauenwahlrechts aussprechen wird, und daß schon das nächste Jahr uns bedeutende Erfolge in bezug auf die politischen Rechte der Frauen bringen wird. (Stürmischer Beifall.)

Genossin Wach-Prag: Die Aktion der böhmischen Frauen ist bedeutend erschwert durch den Nationalismus, Merkantilismus und das Agariertum. Trotz alledem sind zurzeit 6000 Frauen politisch und 15 000 Frauen gewerkschaftlich organisiert. Unsere Frauenzeitung erscheint in einer Auflage von 6500 Exemplaren. In dem Wahlkampf im Mai haben die sozialistischen Frauen Böhmens voll und ganz ihre Pflicht getan und mitgekämpft. Ihnen verdankt die sozialistische Partei 24 tschechische Abgeordnetenmandate. Die Frauen haben bei uns die Männer oft an die Urne geführt und ihnen rote Stimmzettel ausgezogen. (Lebhafter Beifall.) Die Versuche, die Dienstmädchen zu organisieren, sind bisher erfolglos geblieben bei der überaus gedrängten Lage der Mädchen. Dagegen macht die Organisation unter den Landarbeiterinnen schöne Fortschritte. Auf dem Parteitag in Wilfen haben die Frauen eine große Rolle gespielt. Die sozialistische Frauenbewegung blüht überall mächtig auf. (Bravo!)

Darauf tritt die Mittagspause ein.

#### Nachmittagsstimmung.

In der Nachmittagsstimmung wird die Berichterstatterin aus den einzelnen Ländern fortgesetzt.

Johanna Grete-Kramet-Chicago: Obgleich wir in den Vereinigten Staaten eine große Anzahl organisierter Frauen und Mädchen haben, die sich strikt auf den Standpunkt der sozialistischen Weltanschauung stellen, ist es uns nur gelungen, die deutsch-sprechende Abteilung der sozialistischen Frauenorganisation zu einer Delegation nach ihrem Kongress zu bestimmen. Außer der deutschen Sprachgruppe gibt es vor allem eine böhmische und polnische Gruppe. Die Leitung liegt in den Händen des Zentralkomitees. Um die Organisation erfolgreicher zu gestalten, wird es notwendig

sein, die Agitation in englischer Sprache zu betreiben. Wir werden nur Erfolge erzielen können, wenn wir eine reinliche Klassen-scheidung zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Frauenbewegung vornehmen, nachdem die bürgerlichen Frauen erklärt haben, sie seien nicht für das Wahlrecht für Arbeiterinnen, da diese noch nicht reif dafür seien. (Nach.) Unser kleines Häuflein von 500 Klassenbewußten Arbeiterinnen wird auch weiter seine Pflicht als Pioniere im Kampfe für den Sozialismus tun. (Bravo!)

Frau Hilga Torfien-Finnland wird von stürmischem Beifall begrüßt. Die Genossin vertritt Wiborg im finnischen Landtag. Sie gibt einen Ueberblick über die Entwicklung der finnlandischen Frauenbewegung. Sie alle wissen, daß die finnlandischen Frauen am 20. Juli 1906 ein weitgehendes Stimmrecht bekommen haben. Von 19 gewählten weiblichen Repräsentanten sind 9 Sozialistinnen. Unsere Abgeordneten verlangen die Aufhebung des Gesindegesetzes, die Gründung von Heimen für verwahrloste Kinder usw. Der sozialdemokratische Frauenverband besteht gegenwärtig aus 93 Abteilungen. Es gibt 18 600 der Partei angehörige Frauen in Finnland. Wir wissen, daß wir unsere Freiheit dem Freiheitskampfe der russischen Genossen verdanken. (Sehr richtig! und Beifall.) Wir hoffen, daß auch die Genossinnen in den anderen Ländern ebenso viele politischen Freiheiten bekommen werden. Das Proletariat hat nur seine Fesseln zu zerhacken und die ganze Welt zu gewinnen! (Lebhafter Beifall.)

Frau Præsten-Norwegen vertritt den Verein arbeitender Frauen in Stavanger. Die Arbeiterinnen sind in eigenen Vereinen über das ganze Land organisiert und bilden Sektionen der sozialistischen Arbeitervereine. Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen läßt noch viel zu wünschen übrig. Wir haben die Freiheit, die den deutschen Frauen fehlt. Wir können diskutieren und Politik treiben, so viel wir wollen. Wir nehmen teil an den Wahlkämpfen und kämpfen um bessere Lebensbedingungen der Arbeiterinnen. Nach allem, was ich hier gehört habe, muß ich sagen: Norwegen ist das glücklichste Land Europas! (Heiterkeit und Beifall.) Wir haben das Frauenstimmrecht und alle übrigen demokratischen Freiheiten. Seit sechs Jahren haben wir das Kommunalwahlrecht. In Stavanger sitzen zwei sozialistische Frauen im Gemeinderat. In diesem Jahre haben 800 000 Frauen das Wahlrecht zum Reichstag erhalten. Bei den nächsten Wahlen hoffen wir, so zahlreiche Stimmen zu liefern, daß wir uns vor den Frauen anderer Länder nicht zu schämen brauchen. (Bravo.) In Norwegen haben wir zwei Frauenbewegungen, aber mit den bürgerlichen Frauen können wir sozialdemokratischen Frauen nicht zusammenarbeiten. Die norwegischen Sozialistinnen schätzen unsere Arbeit hoch, sie arbeiten gern mit uns. (Lebhafter Beifall.)

Fräulein Berglein-Schweden: Im Namen der lettischen Sozialdemokratie begrüße ich die erste internationale Frauenkonferenz. Wie überall in Rußland, kämpfen auch wir einen heissen Kampf gegen den zaristischen Despotismus. Unsere Genossinnen standen bei diesem Kampfe mit in den ersten Reihen. Sie wurden mit in die Festungen geworfen, sie wurden gemartert und sie haben mit ihrem Blute das rote Banner des Sozialismus brennender und roter gefärbt. Ich bringe Ihnen herzlichste Glückwünsche und begrüße Sie. Wer den Mann hat, hat nur einen halben Menschen, so heißt es. Wer aber die Frau hat, der hat zwei Menschen; und wer die Arbeiter hat, der hat die Zukunft, und die Zukunft gehört dem Sozialismus. (Beifall.)

Fräulein J. a. s. Schweiz: Ueber den schweizerischen Arbeiterinnenverband finden Sie nähere Angaben im schriftlichen Bericht. Daher nur wenige Worte über die schweizerische sozialistische Frauenbewegung im allgemeinen. Wir haben in der Schweiz keine politische Organisation, sondern unsere Frauen sind alle gewerkschaftlich organisiert. In den Betrieben, in denen Männer nicht tätig sind, bilden die Frauen sogenannte Arbeiterinnenvereine, die dann auch die Interessen der Frauen im allgemeinen vertreten. Die Organisation ist also bei uns ähnlich wie in Ungarn. In den letzten zwei Jahren haben unsere gewerkschaftlich organisierten Frauen schwere und bittere Kämpfe zu führen gehabt. Wir haben erleben müssen, daß Militär und Miltz gegen die Frauen geführt wurden, daß die Soldaten freieren Frauen gegen ihre eigenen Mütter marschieren und an den Pforten der Fabriken Posten stehen mußten. Die schweizerischen Genossinnen bemühen sich, den Sozialismus, soweit es geht, schon heute durchzuführen. Deshalb nehmen sie teil an der Genossenschaftsbewegung. Mehrfach haben Konsumvereine streikenden Frauen die Waren auf Kredit oder auch ganz umsonst gegeben. Diese Konsumvereine liefern keine Waren, die unter schlechten Arbeitsbedingungen hergestellt worden sind. Ungefähr 10 000 Frauen sind in der Schweiz organisiert, d. h. ungefähr der siebente Teil aller Organisierten sind Frauen. Wir haben eine französische und eine deutsche Zeitung, die leblich die Interessen der proletarischen Frauen vertreten. Mit den bürgerlichen Frauen vertreten wir nur einige Forderungen, wie die der Wagnereinnahmehilfe, gemeinsam. Im übrigen kämpfen wir mit den proletarischen Männern für die Umwandlung der privatkapitalistischen Produktionsweise in eine kommunalistische-sozialistische. (Bravo!)

Genossin Galanoff überbringt der Konferenz die Grüße der sozialistisch organisierten Frauen Kurins. Die italienischen sozialistischen Frauen haben zu der Konferenz keinen offiziellen Vertreter entsandt, weil in Italien von einer theoretisch und praktisch fest gegründeten sozialistischen Frauenbewegung noch nicht die Rede sein kann. In Italien überwiegt noch die landwirtschaftliche Bevölkerung, in der ja das Massenbewußtsein noch nicht so stark entwickelt ist, wie in der industriellen Bevölkerung. Ganzelt es sich aber darum, für Menschenrechte, für würdige Lebensbedingungen zu kämpfen, gegen Druck und Ausbeutung sich aufzulehnen, dann stehen die italienischen Frauen in den vordersten Reihen. Sie haben mit ihren eigenen Weibern und denen ihrer Kinder den Streikbrechern den Weg bereitet. Aber zu einer selbstständigen Organisation haben sie sich noch nicht zusammengeschlossen. Auch über ein Organ verfügen sie noch nicht. Schuld trägt daran der Merkantilismus, der so schwer auf Italien lastet. Doch die italienischen sozialistischen Frauen versagen nicht. Das Massenbewußtsein verläßt sich bei ihnen immer mehr. Immer weniger Italiener und Italienerinnen geben sich zu Streikbrecherdiensten her und immer größer wird die Zahl derer, die keine Streikarbeit mehr verrichten. (Beifall.) Die Frauen, die in Italien der Religion den Rücken kehren, die sich nicht mehr kirchlich trauen und begraben lassen, sind zahlreicher als man glaubt. Die Frauen Kurins entbieten der Konferenz herzlichsten Gruß in der Hoffnung, daß auch in ihrem Lande bald eine mächtige sozialdemokratische Frauenbewegung aufblühen möge. (Beifall.)

Genosse Martoff-Petersburg begrüßt die Konferenz im Namen des jüdischen Frauenbundes. Es könne auffallen, daß die Frauen Rußlands, die einen so heftigen Kampf gegen Despotismus und Kapitalismus und für ihre Menschenrechte führen, keine Frau als Delegierte hierher geschickt haben. Aber die russischen Frauen kämpfen Schuler an Schuler mit der allgemeinen sozialistischen Bewegung und sie wissen, daß nur der internationale Sozialismus sie zu ihrem wirklichen Rechte als Menschen und Frauen verhelfen kann. (Beifall.)

Koloman-Alexandrowitsch entschuldigt die Vertreterin der russischen revolutionären Frauen, die nicht offiziell vertreten seien. Die ganze Welt weiß, was die russische Arbeiterin für die Befreiung Rußlands von zarischer Gewalt getan hat und es wird deshalb viellecht nicht verstanden, daß sie ihren proletarischen Schwestern nicht einmal eine eigene Vertreterin geschickt hat. Aber wir hatten eben bis jetzt in Rußland keine besondere Arbeiterinnen- oder Frauenbewegung. Die Klassenbewußte Arbeiterin hat Meile an Meile im Befreiungskampfe an der Seite des Mannes gekämpft. Die russische Sozialdemokratie hat auch stets das Interesse der Arbeiterin vertreten und in großer Zahl haben sich die russischen aufklärten Frauen der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften angeschlossen, vor allen den Gewerkschaften, die sehr rasch gewachsen sind. Jetzt allerdings haben auch wir in Rußland eine schwere Zeit zu überleben. Der proletarischen Frauenbewegung ist in der bürgerlichen Frauenbewegung ein neuer Feind er-

Handen, von dem vor drei Jahren noch keine Spur vorhanden war. Jetzt ist sie wie ein Pilz nach dem Regen aufgeschossen. Es gibt ledertisch-rabiale Frauen, die politisch ganz entschieden, in der sozialistischen Bewegung aber rückständig sind. Es gibt auch fortschrittliche Frauen, und schließlich auch einen Verband echt russischer Frauen (Wul-Rufe), die gerig sind, das Blut unserer opferwilligsten revolutionären Kämpfer zu trinken. Eine schöne Organisation für das schöne Geschlecht! Mit allen diesen bürgerlichen Frauen müssen wir jetzt die Kämpfe treiben und so führen wir weiter den blutigen Kampf gegen den Absolutismus, Männer und Frauen gemeinsam. Wir werden ihn niederringen und dieser Sieg wird ein Sieg für die ganze Welt sein. (Lebhafter Beifall)

**Frau Wilkominski-Lodg:** Eine spezielle Frauenbewegung existiert in Russland nicht. Ich bin die Vertreterin von 200 jüdischen Arbeiterinnen in Lodg, die mit Spannung auf das Ergebnis dieser Konferenz blicken. Wir wünschen ihr besten Erfolg in unserem gemeinsamen Kampf für die ökonomische und politische Befreiung der Frau. (Bravo!)

Damit war die Rede der ersten. Burrows führte namens der sozialistischen Föderation Englands aus, daß infolge seiner 30jährigen Tätigkeit für die russischen und jüdischen Proletarier und ferner, weil England das einzige Land sei, das die russischen Flüchtlinge aufnehmen könne, er eine Resolution einbrachte, die den russischen Freiheitskämpfern hohe Anerkennung zollte. Er habe volle Sympathie für den Kampf der Proletarier Russlands und hoffe, daß die nächste sozialistische Frauenkonferenz trotz alledem in Petersburg tagen werde. (Stürmischer Beifall.) Die Resolution Burrows lautet:

„Die internationale Konferenz sozialistischer Frauen drückt den russischen, jüdischen und jüdischen Genossinnen zu den ihnen erlittenen Verfolgungen seitens der russischen Autokratie herzliche Teilnahme aus und hofft, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo sie Schritt für Schritt mit ihren Genossinnen die vollständige politische und ökonomische Befreiung bekommen.“

Diese Resolution wird einstimmig angenommen, indem alle Delegierten sich zu Ehren der russischen Freiheitskämpferinnen von den Plätzen erheben.

Hierauf erstattet Frau Jherer-Berlin den Bericht über die Mandatsprüfungs-Kommission. Es sind 58 Delegierte anwesend, darunter von England 19, von Deutschland 18, von Frankreich 8, von Belgien 1, von Amerika 1, von Oesterreich 9 (darunter 2 Tschechen), von Ungarn 8, von Italien 1, von der Schweiz 1 mit zwei Mandaten, von Schweden und Norwegen 2, von Finnland 2 und von Holland 1. Ein Protest von 9 englischen Delegierten gegen das Mandat der Genossin Montefiore von der englischen allgemeinen Stimmrechts-Gesellschaft wird mit großer Mehrheit zurückgewiesen, da das Bureau einstimmig der Ansicht ist, daß es sich um eine sozialistische Gesellschaft handelt.

Darauf trat um 6 Uhr eine einstündige Pause ein. Nach der Pause nahm Clara Zetkin das Wort zu ihrem Referat über die

Schaffung regelmäßiger Beziehungen zwischen den organisierten Genossinnen der einzelnen Länder.

Sie führte aus: Die Frage dieses Gegenstandes der Tagesordnung ist bereits beantwortet durch die Berichte, die wir heute früh gehört haben. Sie haben uns gezeigt, daß in allen Kulturländern die Proletarierinnen mehr und mehr dazu übergehen, sich an dem Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse zu beteiligen. Alle Rednerinnen haben uns gesagt, daß es in jedem Lande notwendig ist, gegen Ausbeutung und Unterdrückung, die auf der ungeheuren Mehrheit der Frauen des Proletariats liegen, mit aller Kraft anzukämpfen. Die Berichte haben uns weiter übereinstimmend nahegelegt, daß im Kampfe der proletarischen Frau in allen Ländern bestimmte Forderungen in den Vordergrund treten. Die proletarische Frauenbewegung aller Länder hat zunächst eine erzieherische Aufgabe: Die Einführung der Frau zum Sozialismus, ihre Erziehung zum Massenbewußtsein, zu einer Kampferin in dem Befreiungskampfe. Die zunächstliegenden Forderungen aus den Berichten aller Länder lassen sich in die Worte zusammenfassen: Mehr Schutz der Frau als Arbeiterin, als Mutter, als Gattin, als Staatsbürgerin gegen Ausbeutung und auf der anderen Seite Erhebung der politischen Gleichberechtigung, damit sie die Massenbewußten Proletarier in ihrem Kampfe gegen die bürgerliche Gesellschaft, ihnen darin helfen kann, die heutige Gesellschaftsordnung über den Haufen zu werfen. (Lebhafter Beifall.) Ohne allen Zweifel wird die proletarisch-sozialdemokratische, die revolutionäre Frauenbewegung noch kräftiger, noch wirksamer arbeiten können, wenn die Frauen aller Länder miteinander kämpfen und voneinander lernen, lernen aus der reichen Mannigfaltigkeit der einzelnen nationalen Frauenbewegungen. (Sehr wahr!) Nicht Kleinliche Uniformierung kann das Ziel sein, die schulmeisternd in Einzelheiten der Agitation und Aktion des einzelnen Landes eingreifend, sondern Verständigung und gegenseitige Belehrung über die Grundzüge der theoretischen Auffassung und praktischen Förderung des Emanzipationskampfes, den die proletarischen Frauen führen. Zu diesem Zwecke empfehlen wir Ihnen die Schaffung einer Zentralstelle, der von Korrespondentinnen, die für jedes Land zu ernennen wären, mindestens alljährlich ein zusammenfassender Bericht über die Frauenbewegung in den einzelnen Ländern gefertigt werden müßte. Durch diese Zusammenfassung der proletarischen Frauenbewegung hoffen wir zu erreichen, nicht eine Selbständigkeit im proletarischen Klassenkampfe, wohl aber, daß die proletarische Frau ein immer tüchtigeres, wertvolleres und unentbehrlicheres Glied der allgemeinen revolutionären Arbeiterinnenbewegung wird. (Stürmischer Beifall.)

Von einem Teil der österreichischen Delegierten und der Genossin Bily Braun ist folgender Antrag eingegangen: „Um eine nähere Verbindung zwischen den Genossinnen herzustellen und die Möglichkeit einer Verständigung über schwebende Fragen herbeizuführen, soll innerhalb jeder nationalen Partei eine Frau beauftragt werden, regelmäßig kurz gefasste Berichte über die Arbeiterinnenbewegung ihres Landes an die führenden Parteiblätter des Auslandes zu versenden.“

Genossin Jherer-Berlin hält die Schaffung einer Zentrale für das Notwendigste, um eine wirklich eingehende Verständigung zwischen den einzelnen Ländern herbeizuführen und einheitliche große Aktionen zu ermöglichen. Sie schlägt die Reibaktion der „Gleichheit“ als Zentralstelle vor. Die „Gleichheit“ sei wohl in allen Ländern die meist geleseste Frauenzeitung. Sollte sich dieser Vorschlag nicht bewähren, so könnte ja auf der nächsten Konferenz eine Aenderung beschlossen werden.

Bily Braun-Berlin: Auch ich halte den Vorschlag der Genossin Jherer für akzeptabel und wünschenswert. Aber ich glaube nicht, daß er ausreicht. Zweifelloser wird in der allgemeinen Parteipresse der Frauenbewegung noch viel zu wenig Beachtung geschenkt. Ich denke mir die Ausprägung meines Vorschlages in der Weise, daß in jedem Lande eine Genossin verantwortlich gemacht wird dafür, daß in der ausländischen Parteipresse über wichtige Vorankommnisse der Arbeiterinnenbewegung nicht nur einmal im Jahre, sondern vielmehr alle 8 Wochen oder 14 Tage berichtet wird. Am besten wäre es, diese Zentrale an die vorhandene internationale Zentrale, das Brüsseler Bureau, anzuschließen. Die große Masse der ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen ist zweifellos nicht in der Lage, die „Gleichheit“ zu lesen. Sie muß daher regelmäßig durch die Parteipresse unterrichtet werden. (Begeisterter Beifall.)

Montefiore-England ist der Meinung, daß, da die Idee eines Zentralbureaus der proletarischen Frauenbewegung von Deutschland ausgegangen ist, Deutschland auch die Stätte dieses Zentralbureaus werden sollte, und daß die „Gleichheit“ als Zentralorgan regelmäßig die Berichte aus den verschiedenen Ländern zu bringen hätte. Sie schloß sich daher dem Vorschlage des Brüsseler Büreaus vollständig an. Es sei kein Zweifel, daß die englischen Genossinnen es noch sehr nötig hätten, in enge Beziehungen zu der internationalen sozialdemokratischen Frauenbewegung zu

treten. Denn die Engländerinnen bestellten ihren insularen Charakter auch in der sozialdemokratischen Bewegung. Da ihnen weniger Schwierigkeiten wie in anderen Ländern von den Behörden gemacht würden, so sehe es den englischen Genossinnen an dem stark kämpfenden Sozialismus, durch welchen allein man auf dem richtigen Wege zu wirklich sozialistischen Reformen kommt. Die englische Frau kämpfe nicht stark genug gegen Kapitalismus und Merkantilismus, und das würde sie von der proletarischen Frauenbewegung des Festlandes trennen. (Beifall.) Genossin Bily Braun tritt entschieden für den Antrag Zetkin ein, nicht nur, weil die „Gleichheit“ das führende Organ der sozialistischen Frauenbewegung sei, sondern auch, weil sie bereits internationale Beziehungen unterhalte. Bily Braun sei entgegengesetzt, daß alljährlich nur ein umfassender Bericht gegeben werden solle, daß aber nichts im Wege stehe, Nachrichten über schwebende Fragen häufiger zu versenden. Die Information der Parteipresse erfolge wie heute am zweckmäßigsten durch die „Gleichheit“. Auf diese Weise würden die Parteiblätter auch mehr von den Frauen gelesen werden.

Ein Schlußantrag, den Frau Symbman-London stellt, wird abgelehnt, dagegen ein Antrag auf Schluß der Rednerliste angenommen.

**Frau Döschel-Wien:** Die Debatte wäre vielleicht vermieden worden, wenn die deutschen Genossinnen uns richtig darüber unterrichtet hätten, wie sie sich die ersten Vorbedingungen für ein internationales Bureau gedacht hätten. Wir sind mit den Ausführungen der Genossin Zetkin gewiß alle einverstanden. Natürlich handelt es sich um ein Provisorium. (Sehr richtig!) Der Antrag Bily Braun tangiert in keiner Weise die Vorschläge der deutschen Genossinnen, er ergänzt sie.

Genossin Fass-Schweiz: Der Antrag der deutschen Genossinnen kommt darauf hinaus, daß die „Gleichheit“ zum internationalen Publikationsorgan der Frauen gemacht wird. Wir bestreiten der „Gleichheit“ keineswegs das Recht, die ihr zugehenden Berichte zuerst zu veröffentlichen, aber zur Verständigung der Genossinnen wird es nötig sein, daß die einzelnen Länder periodisch an die Zentralstelle Berichte einreichen, die dort in drei Sprachen ausgearbeitet werden, und daß den Organisationen in der von ihnen gewöhnlichen Sprache eine Anzahl Berichte zugesandt werden. Aufgabe der Landesorganisationen wäre es dann, daß dieser internationale Bericht in den Parteiblättern ihres Landes veröffentlicht wird. Ich schlage Ihnen deshalb folgenden Antrag vor:

„Es ist an das Zentralbureau periodisch aus jedem Lande ein Bericht über die nationale Frauenbewegung jedes Landes einzusenden. Diese Berichte sind von dem Zentralbureau zu einem internationalen Bericht zusammenzustellen, der in einer der drei Kongresssprachen abzufassen ist und den Organisationen der verschiedenen Länder in der gewünschten Anzahl zugesandt wird. Die Organisationen der verschiedenen Länder sorgen für die Publikation dieses internationalen Berichtes in den Parteiblättern ihres Landes.“

**Fräulein Zetkin:** Ich möchte hier eine Erklärung abgeben, die vielleicht geeignet ist, die Debatte abzukürzen. Wir haben uns die Organisation natürlich auch nicht so gedacht, daß die Berichte in der Zentrale liegen bleiben oder unter Ausschluß der internationalen Öffentlichkeit nur für Deutschland erscheinen. Es ist selbstverständlich, daß wir die in verschiedenen Sprachen eingegangenen Berichte jedem Lande in seiner Sprache geben, d. h. zunächst in einer der drei Kongresssprachen zu geben. Aber dazu brauchen wir Mittel und wir haben die „Gleichheit“ als Zentrale vorge schlagen, weil dort jemand sitzt, der gern bereit wäre, die Berichte in den drei Sprachen unentgeltlich herzustellen und weil die „Gleichheit“ so gestellt ist, daß sie wenigstens für den Anfang die Aufwendungen für diesen Zweck tragen könnte. Die Korrespondenten der einzelnen Länder müßten das erhaltene Material natürlich in der Parteipresse ihres Landes veröffentlichen. Das ist selbstverständlich, darüber brauchen wir doch nicht erst zu diskutieren. Oder denken Sie, daß die Korrespondentinnen das Material von uns erhalten, damit sie es schwarz auf weiß besitzen und getrost nach Hause tragen können? (Beifall und Weifall.) Nach dieser Erklärung werden die Anträge Braun — Oesterreichische Delegation und Fass zurückgezogen.

Genossin Luise Ziegler-Hamburg stellt hierauf, um die Debatte nicht ohne Ergebnis abzuschließen zu lassen, folgenden Antrag: „Um die internationalen Beziehungen zwischen den Genossinnen der einzelnen Länder enger zu knüpfen, beschließt die erste internationale Frauenkonferenz, daß eine internationale Zentralstelle geschaffen wird, an welche die Genossinnen der einzelnen Länder alljährlich zusammenfassende Berichte über die Frauenbewegung ihres Heimatlandes einreichen, außerdem aber auch fortlaufende Berichte über alle wichtigen Vorankommnisse liefern. Als Zentralstelle wird Deutschland bestimmt, als Publikationsorgan die „Gleichheit“. Die „Gleichheit“ wird zur Information an die Zentralstellen der Genossinnen der einzelnen Länder sowie an das internationale Bureau gesandt. Die Genossinnen der einzelnen Länder haben für die Veröffentlichung der Berichte in den Parteiblättern ihres Landes Sorge zu tragen.“

Wie Macdonald-England meint, daß der Herausgeberin der „Gleichheit“ herzlicher Dank gebühre für die Bereitwilligkeit, diese Zeitschrift zum internationalen Zentralorgan zu machen. Durch Zustellung von Berichten müßte man das Unternehmen soweit wie möglich unterstützen. Die Frauenbewegung müsse aber daneben in engen Beziehungen zu dem internationalen sozialistischen Bureau bleiben.

**Frau Pelletier-Paris:** Die sozialistische Frauenbewegung braucht unbedingt eine Zentrale, um die Agitation und die Organisation weit energischer betreiben zu können.

Genossin Pelletier bringt zu diesem Zwecke folgenden Antrag ein: „Ein internationales Bureau wird geschaffen bei der „Gleichheit“. Jede Nation wird in diesem Bureau vertreten sein und muß regelmäßig Berichte bei ihm einreichen, die dann veröffentlicht werden sollen. Schließlich sollen die Frauen durch spezielle Delegierte in dem internationalen Bureau in Brüssel vertreten sein.“

**Kosa Zugemburg,** mit lebhaftem Beifall begrüßt: Es ist der Wunsch ausgesprochen worden, die internationale Frauenbewegung möchte sich dem internationalen sozialistischen Bureau in Brüssel anschließen. Da ich selbst Mitglied, und zwar das einzige des schönen Geschlechts (Beifall) von diesem Bureau bin, fühle ich mich veranlaßt, dazu einiges zu sagen. Ich muß Ihnen offen sagen, daß wohl nur diejenigen Genossinnen eine so hohe Meinung vom internationalen Bureau haben, die seine Wirksamkeit so sehr weit her kennen. (Beifall.) Wir sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß wir nicht in der Lage sind, durch rein mechanische Mittel einen Zentralpunkt der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung zu schaffen. Die Zeiten der Internationalen, wo ein Marx selbst die eigentliche Zentrale der internationalen Bewegung des Proletariats war, sind vorüber. Wir haben jetzt nichts als periodische Zusammenkünfte von Vertretern der verschiedenen Länder in Brüssel, die jedes Mal für diesen Vertreter eine sehr unangenehme Pflicht sind. Denn jedesmal haben wir das Gefühl, daß wir nicht den hundertsten Teil der eigentlichen Aufgaben des Bureaus erfüllen können. Das liegt nicht an unserem guten Willen, auch nicht an den mangelnden Fähigkeiten des gegenwärtigen Sekretärs. Aber es fehlt immer die Frage wieder, daß das internationale Bureau von den angeschlossenen Parteiländern sozusagen gänzlich ignoriert wird. Nicht einmal kurze Berichte über stattgefundene Bewegungen werden eingelangt. Nur wenn wir das Glück haben und ein Zentrum moralischer Autorität gewinnen, welches wirklich ein genügendes Interesse in den angeschlossenen Ländern zu wecken vermag, werden wir ein lebensfähigeres und tatkräftigeres Zentrum der sozialistischen Bewegung haben. In dieser glücklichen Lage aber sind Sie, wenn Sie den Vorschlag der deutschen Genossinnen annehmen. Ich will Ihnen noch ein kleines Geheimnis anvertrauen. (Beifall.) Als wir in Amsterdam vier Jahre schmerzlicher Enttäuschung von der Tätigkeit des internationalen Bureaus in Brüssel hinter uns hatten, waren wir uns schon klar, daß wir ein richtiges

Internationales Bureau nur bekommen würden, wenn wir es erstens nach Deutschland, zweitens nach Stuttgart, und drittens in die Redaktion der „Gleichheit“ verlegten. Aber der Parteivorstand winkte mit einer ebenso kurzen wie deutlichen Handbewegung das internationale Bureau von Deutschland ab und so mußten wir uns dieses Ideal verjagen. Sie aber werden von sich dieses moralische Zentrum der Internationalen gewinnen, und ich kann nur die Genossin Zetkin bewundern, daß sie auch diese Arbeitslast noch auf sich nimmt. Der Wunsch, das internationale sozialistische Frauenbureau nach Brüssel zu verlegen, konnte nur aus der Unkenntnis der Verhältnisse herorgehen. Glauben Sie nicht, daß Sie mit der Ablehnung des Gedankens, die Internationalen in Brüssel abzulehnen, etwas verlieren; sagen Sie nicht: „Es war so schön gewesen, es hat nicht sollen sein!“ (Große Heiterkeit und Beifall.)

Damit schließt die Debatte. Der deutsche Antrag wird einstimmig angenommen, alle übrigen Anträge zurückgezogen. **Fräulein Zetkin** regt an, unter die Mittel der internationalen Verständigung auch die internationalen sozialistischen Frauenkonferenzen aufzunehmen. Sie schlägt vor, die nächste internationale sozialistische Frauenkonferenz wiederum im Anschluß an den internationalen Sozialistkongreß abzuhalten. (Zustimmung.) Hierauf wird die Weiterberatung auf Montag vertagt. Schluß nach 9 Uhr.

## Gewerkschaftliches.

### Terrorismus.

Ist das fortwährend ein Geschrei über den Terrorismus der Gewerkschaften. Wenn diese mal irgendwo die Mitarbeit verweigern, dann heißt es gleich: da seht ihr diese terroristischen Gewerkschaften.

Wenn auf einem Bau „reine Mäße“ verlangt wird, gleich heißt es: das ist der Gewerkschaftsterrorismus.

Wenn die Gewerkschaft gezwungen ist, unwürdige Mitglieder aus ihrer Gemeinschaft auszuschließen, schreit der ganze Chorus: da habt ihr den offenen Beweis des gewerkschaftlichen Terrorismus.

Was — sagen wir da —, es gäbe einen wahren und einen berechtigten Terrorismus? Ist das nicht eine unerhörte Behauptung, ob der mancher Angst und Zähneklappern bekommt und sich in heiligem Zorn entriistet gegen Menschen, die es wagen, solches Zeug zu reden. Doch bitte, kaltes Blut! Regen Sie sich doch nicht unnötig auf. Sehen wir uns die Sache in aller Gemütsruhe an.

Terroristisch, unduldsam nennt man den, der anderer Leute Ansicht gar nicht gelten lassen will, ja noch mehr, der anderer Leute Meinung unterdrücken möchte und diejenigen, welche trotz ihm bei ihrer Meinung bleiben, mit Gewalt zu einer anderen Meinung zwingen will.

Terroristisch handelt also der Antisemit, der, wenn er eine krumme Nase sieht, gleich mit dem Spazierstock zuschlagen will.

Terroristisch ist es, wenn im Rechtsstaate Sozialisten von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen sind, deshalb, weil sie sozialistisch sind.

Terroristisch ist es, wenn, wie es vielfach geschieht, ein Arbeiter bestraft wird, weil er von seinen Staatsbürgerrechten Gebrauch machte.

Terroristisch ist es, wenn nicht sozialistische Professoren „Ringe“ bilden, um sozialistische Gelehrte von den Lehrstühlen fern, die Universtität sozialistenrein zu halten.

Terroristisch ist das Scharfmachertum, wenn es jeden, der die Freiheit sich nimmt, Gewerkschaftler zu sein, verhöhnt und begeißelt.

Terroristisch ist die Kirche, indem sie alle Eltern zwingen will, ihre Kinder in Schulen zu schicken, in denen diesen der christliche Glaube eingepaukt und die Kerisei ins Herz gepflanzt werden soll.

Terroristisch ist der Pfarrer, wenn er die Kirchengenossenschaft gegen die Gewerkschaften aufspielt.

Das ist Terrorismus gegen die Gewerkschaften. Merkwürdig ist es nur, wie man diesen Terrorismus zu rechtfertigen sucht. Dann heißt es ganz einfach: Wer in einem Glashause sitzt, der darf nicht mit Steinen werfen. Wer selbst treibt, was er an anderen tadelt, hat kein Recht, sich zu beschweren.

Gibt es denn einen berechtigten Terrorismus?

Gewiß gibt es das! Er ist sogar so allgemein und so selbstverständlich, daß kein vernünftiger Mensch gegen ihn etwas vorbringen kann. Machen wir uns das an ein paar Beispielen klar.

Der Gärtner findet in seinem Gemüsegarten Giftpflanzen. Was wird er tun? Er wird sie herausreißen, damit sie ihm nicht unter seine anderen Waren geraten und er sich schließlich vor dem Staatsanwalt zu verantworten hat, daß er Giftpflanzen verkauft und dadurch Menschenleben gefährdet habe. Das ist selbstverständlich für jedermann, und doch ist der Gärtner — terroristisch.

Ebenso terroristisch ist der Lehrer gegen die Unwissenheit des Schülers, der Richter gegen den Verbrecher, der Arzt gegen die Krankheit. Terroristisch in dieser Weise ist sogar das Einmaleins, denn es duldet nicht, daß 2 und 2 gleich 5 ist, sondern es darf 2 und 2 eben nur gleich 4 sein.

Fassen wir diese Beispiele zusammen, so müssen wir sagen:

Terroristisch ist das Wahre gegen das Falsche.

Die Wahrheit ist gegen die Unwahrheit. Das ist in der Natur der Sache begründet. Glaubst also jemand und ist er fest davon überzeugt, daß seine Ansicht, mag sie sich auf was ihrer beziehen, die richtige ist, so ist er mit seiner Meinung terroristisch gegen — und jetzt kommt die Hauptsache — gegen jede andere Meinung, aber er ist deshalb noch lange nicht intolerant gegen jenen, der diese andere Meinung hat. Das ist also der große Unterschied, auf den alles ankommt und den man nie übersehen darf. Die Wahrheit ist terroristisch gegen den Irrtum, aber nicht gegen jenen, der dem Irrtum huldigt.

Der Terrorismus der Wahrheit geht gegen die Sache, nicht gegen die Person.

Welche Schlußfolgerungen ziehen wir daraus? Es ist berechtigter Terrorismus, wenn die Gewerkschaften die durch lange, opferreiche Kämpfe erlangte Position dadurch zu befestigen suchen, daß sie Unorganisierte zum Eintritt in die Organisation überreden. Ja es ist auch berechtigter Terrorismus, wenn Organisierte verlangen, daß Zugezogene, die zu den Kosten des wirtschaftlichen Kampfes nichts beigetragen haben, nun zu den laufenden Ausgaben beitragen und daß Organisierte sich weigern, mit Raubbeuten zusammen zu arbeiten, wenn deren Einstellung den Zweck hat, die Position der Gewerkschaftler wieder zu verschlechtern.

Nehmen wir einmal eine politische Partei. Diese würde sagen, jede andere Partei ist ebenso wahr und richtig wie ich, ihre Wähler könnten also ebensogut auf jedes andere Parteiprogramm wählen, eine solche Partei würde Selbstmord be-